

## Aus der Arbeit des Gemeinderates – Sitzung am 08.03.2022

### Bürgerfrage-Viertelstunde

Herr Kauffmann fragte als 1. Vorstand der Wallenburger Zunft an, ob es sich die Gemeinde vorstellen könnte, dass die Zunft auf der Nordseite des ehemaligen Voba-Gebäudes eine Art Carport errichtet, um den Hänger des Vereins wettergeschützt abstellen zu können. Da aus der Mitte des Gremiums keine negativen Hinweise kamen, bat Bürgermeister Häse Herrn Kauffmann sich direkt mit Herrn Koch von der Baurechtsbehörde der VG Spaichingen in Verbindung zu setzen und abzuklären, welche Rahmenbedingungen hier zu beachten sind - insbesondere, ob eine Baugenehmigung notwendig ist.

### Vergaben

Im beschlossenen Haushaltsplan 2022 sind Investitionen von nahezu 3 Mio. € eingestellt. Aufgrund diverser Ausschreibungen hatte der Gemeinderat eine Fülle von Vergaben zu tätigen. Dabei gingen die Aufträge an folgende Unternehmen:

- Erschließung 4. BA Pfaffensteig III, Feinbelag 3. BA Pfaffensteig III und Kanalsanierung (offene Bauweise): Tiefbauarbeiten zum Bruttopreis von 367.550,00 € an die Firma „J.F. Storz Verkehrswegebau GmbH & Co. KG“, Donaueschingen,
- Wasserleitungsarbeiten im 4. BA Pfaffensteig III zum Bruttopreis von 13.608,02 € an die Firma „Heinrich Rack Rohrleitungsbau“, Renquishausen,
- Vollausbau Burgstraße, 2. BA Glasfaser (Anbindung OT Risiberg / nur Teilbereich Burgstraße): Tiefbauarbeiten zum Bruttopreis von 760.992,28 € an die Firma „Walter Straßenbau KG“, Trossingen (*Anmerkung: die Ausschreibung für den Tiefbau vom Pop bis zur Burgstraße, von der Weberstraße bis zum Risiberg, das Einblasen des Glasfasers im gesamten 2. BA und die Übergabe an die NetCom BW werden zwischen den Ingenieurbüros so abgestimmt, dass der Vollausbau der Burgstraße und der „sonstige“ Glasfaserausbau reibungslos möglich sein werden*),
- Installation der Wasserleitung in der Burgstraße zum Bruttopreis von 76.363,25 € an die Firma „Heinrich Rack, Rohrleitungsbau“, Renquishausen,
- Austausch der Regelungsanlage für die Heizung der Turn- und Festhalle zum Bruttopreis von 13.511,74 € an die Firma „Fiehn Gebäudeautomation GmbH“, Königfeld (*Anmerkung: die laufende Wartung erfolgt weiterhin über Firma Heizungsbau Dreher, Dürbheim*),
- Nachdem in der Januar-Sitzung eine Entscheidung vertagt wurde, vergab der Gemeinderat nun den Auftrag für die nach dem Hagelschaden vom Juni 2021 unbrauchbar gewordene Küche im Gemeinschaftsraum des FWG-Hauses zum Pauschalpreis von 6.450,00 € (brutto) an Firma „Mega Küchenmarkt“, Tuttlingen.

Nach diesen Vergaben über insgesamt 1.238,475 € stellte Bürgermeister Häse den **Energiebericht 2021** vor.

Der Bericht für 2021 ist von zahlreichen Besonderheiten geprägt. So führte Corona einerseits durch zeitweise Schließungen (Schule, Kindergarten, Turnhalle) beim Strom zu Minderverbräuchen, während durch häufiges Lüften (Schule und Kiga) der Gasverbrauch anstieg.

Die von der Kommune verbrauchte Gasmenge ist mit 462.984 kWh wieder auf das Niveau der Jahre 2018/2019 angestiegen. Doch sei der Vergleich mit Vorjahren schwierig. Zum einen sind die einzelnen Jahre „unterschiedlich warm“, zudem kamen weitere Gebäude hinzu (kleines Schulhaus 2015, 5. Gruppe im Kindergarten 2020). Ferner reduziert der moderne Brennwertkessel im Schulhaus seit 2019 den Verbrauch deutlich. Letztlich erschwert Corona in 2020 und 2021 durch Teilschließungen und verstärktes Lüften die Vergleichbarkeit. Der größte Einzelverbraucher war auch 2021 die Turn- u. Festhalle, gefolgt vom großen Schulhaus und dem Kindergarten.

Beeindruckend ist die „Strombilanz“. Insgesamt verbrauchte die Gemeinde 2021 153.984 kWh Strom (VJ 168.943 kWh). Davon entfielen 47% auf die Wasserversorgung, 17% auf die Straßenbeleuchtung und 36% auf die kommunalen Gebäude. Allein durch die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED (2015-2017 / einmaliger Aufwand 31.000 €) konnten seither jährlich ca. 55.000 kWh und 14.000 € eingespart werden. Die erste kommunale PV-Anlage auf dem Dach des Kiga zeigt, dass ein ähnlicher Quantensprung durch ein konsequentes Ausnutzen des PV-Potenzials möglich ist. Die kleine Anlage (9,9 kWp), deren Installation ca. 15.000 € kostete, produzierte in 2021 immerhin 8.980 kWh an Strom. Damit produzierte sie mehr Strom, als im Kindergarten verbraucht wurde und deckte damit 16% des gesamten Stromverbrauchs in allen komm. Gebäuden ab! Dies zeige laut Bürgermeister Häse, welch enormes Potenzial in den bisher ungenutzten Dachflächen (Rathaus, 2 Schuldächer, FWG-Haus, Backhaus, Bauhof und vor allem Turnhalle) schlummert. Allein durch die konsequente Nutzung dieser Dachflächen könnte ein beträchtlicher Teil des Stromverbrauchs in allen kommunalen Anlagen (153.984 kWh) selbst und klimaneutral produziert werden. Aus diesem Grund forciert er den Ausbau weiterer PV-Anlagen und wünscht sich, dass auch private Gebäudeeigentümer diesen Weg gehen werden. Derzeit gäbe es im Gemeindegebiet 103 PV-Anlagen. Das lasse sich noch deutlich steigern und sei auch geboten. Denn der Angriff Russlands auf die Ukraine stelle für ihn eine „Zeitenwende“ dar. Deutschland, die Gemeinde und jeder Privatmann und Firmeninhaber sollten alles tun, um mehr Versorgungssicherheit zu erreichen. Diese sei höher zu gewichten, als mögliche „Amortisationszeiten“ von PV-Anlagen. Daher werde derzeit vom Ing.Büro Breinlinger die Statik der Dächer der Schule und des Rathauses geprüft, auch bei der Turnhalle wolle er dies noch in seiner Amtszeit anstoßen. Sehr positiv hob er hervor, dass Frau Timm als Schulleiterin bereit wäre, die PV-Anlage auf dem Schuldach aus den Budget-Überschüssen der Vorjahre zu finanzieren. Dadurch würden die im HHPlan für die Schul-PV-Anlage bereitgestellten 15.000 € für eine zusätzliche Anlage auf dem Rathausdach frei. Wie rasch die Freiflächen-Anlage beim PW Egelsee (im HHPlan sind hierfür 30.000 € bereitgestellt) umgesetzt werden kann, hängt noch von einigen offenen Fragen ab. So habe er bereits veranlasst, dass sowohl im Regionalplan, als auch im Flächennutzungsplan der VG Spaichingen entsprechende Flächen ausgewiesen werden.

Beim Wasserwerk wurden 72.881 kWh Strom benötigt, um ca. 82.500 m<sup>3</sup> Wasser vom Egelsee in die beiden Hochbehälter bzw. vom Karlsbrunnen zum HB Risiberg zu pumpen. Die Kosten hierfür lagen bei ca. 20.400 €. Rund die Hälfte wird beim PW Egelsee zum Befüllen des HB Niederzone gebraucht. Da dieser Hochbehälter ein Fassungsvermögen von 500 m<sup>3</sup> aufweist, bietet sich hier eine kleine Freiflächen-PV-Anlage geradezu an. Denn der Behälter könnte - dank dieses Puffers - befüllt werden, wenn die Anlage Strom produziert. Nur bei schlechtem Wetter und niedrigem Pegelstand im Behälter müsste Strom zugekauft werden. Abgesehen von der Umweltentlastung könnten die Wassergebührenzahler so vermutlich bis zu 8.000 € an Stromkosten pro Jahr sparen. Ein nach wie vor leider ungelöstes Problem stellt der hohe Stromverbrauch im Hochzonen-Behälter dar. Hier müssen noch Lösungen gefunden werden.

Leider verlief die Inanspruchnahme des kostenlosen „Energie-Checks“ für Gebäudeeigentümer bisher enttäuschend (2019: 3\* / 2020: 11\* / 2021: 1\*). Doch konnte er die Vereinbarung mit der Energieagentur Tuttlingen bis Ende 2022 verlängern. Angesichts der geradezu explodierenden Energiepreise gehe er davon aus, dass das Angebot 2022 verstärkt in Anspruch genommen wird. Auf der neuen Gemeindehomepage werden entsprechende Informationen eingestellt, sobald dies zeitlich möglich ist. Ferner werden auf der neuen Homepage interessierte Bürger mit wenigen Klicks Informationen finden, ob sich auf dem Dach ihres Gebäudes eine PV-Anlage lohnen würde (Link zum Solarkataster und dem Wirtschaftlichkeitsrechner für PV-Anlagen / beides von der LUBW – einer

unabhängigen Einrichtung des Landes).

Wie sinnvoll solche Anlagen generell sind, zeige auch das „Energiemonitoring“ der NetzeBW. Der Bezug von „Fremdstrom“, der vermutlich größtenteils nicht klimaneutral produziert wurde, ist im Zeitraum von 2012 bis 2020 von 3,687 auf 2,222 MWh - also um rund 40% - zurückgegangen!

Zudem setze er große Hoffnung in das „Projekt Ortskernsanierung“, das er dem Gemeinderat vorgeschlagen habe und an dessen Umsetzung intensiv gearbeitet wird. Neben der seit Jahren bewährten ELR-Förderung und dem vom GR 2021 beschlossenen kommunalen Förderprogramm soll vom Gemeinderat noch bis zum Sommer 2022 ein Sanierungsgebiet beschlossen werden. Wer dann in die Modernisierung von Gebäuden (Baujahr vor 1970) investiere, bekommt die Möglichkeit, zusätzliche „Steuerspar-Modelle“ zu nutzen. Er gehe davon aus, dass dadurch einige veraltete Heizungsanlagen und schlecht gedämmte Gebäude auf den Stand der Technik gebracht werden können, was sich positiv auf den Energieverbrauch und somit die Umweltbelastung auswirken wird.

So freue er sich auch über eine private Initiative im Ortsteil Risiberg dort einen Nahwärmeverbund aufzubauen. Dadurch wird es möglich, insgesamt 5 Gebäude über eine einzige Hackschnitzel-Heizung zu beheizen, was unnötige Verluste mehrerer kleiner Kesselanlagen vermeide. Zudem werde klimaneutral ein in der Region nachwachsender Rohstoff zum Beheizen verwendet.

Letztlich verwies er auf eine Reihe von Einzelmaßnahmen, die in seiner Amtszeit umgesetzt bzw. angestoßen wurden: Systematische Erfassung aller Energieverbräuche (incl. Kosten), Umstellung der Straßen- und Turnhallenbeleuchtung auf LED, Sanierung „Backhaus“ und FWG-Haus, Abschluss neuer komm. Gas- und Strom-Versorgungsverträge (nur noch Öko-Strom aus Neuanlagen), Austausch des alten Heizkessels im großen Schulhaus gegen einen Brennwertkessel, Austausch alter Umwälzpumpen in der Turnhalle gegen energiesparende Pumpen, Errichtung der 1. kommunalen PV-Anlage auf dem Dach des Kindergartens, Planung der 2. komm. PV-Anlage auf dem Schulhaus-Anbau und einer 3. komm. PV-Anlage auf dem Rathausdach, Versuch im Flächennutzungsplan und Regionalplan Bereiche für Freiflächen-PV-Anlagen ausweisen zu dürfen.

Der vollständige Energiebericht mit genauen Verbrauchsangaben aller komm. Einrichtungen und zahlreichen Graphiken kann auf der neuen Homepage der Gemeinde unter (Leben & Wohnen / Bauen & Wohnen / Energieberichte) aufgerufen werden.

### **Grunderwerb für künftiges Wohnbaugebiet „Lachenäcker“**

Damit in 2024 der 1. Bauabschnitt im künftigen Wohnbaugebiet „Lachenäcker“ erschlossen werden kann, sind bereits jetzt zahlreiche Dinge zu klären. Unter anderem ist mit dem Erwerb der Flurstücke zu beginnen. Dazu beschloss der Gemeinderat einstimmig den Preis für den Aufkauf dieser Flächen auf 27,00 €/m<sup>2</sup> festzulegen und beauftragt Bürgermeister Häse mit den Grundstückseigentümern Kontakt aufzunehmen.

### **Änderung der Bauplatz-Zuteilungsrichtlinien**

Diese Richtlinien waren am 24.01.2022 geändert worden. Allerdings war in der GR-Vorlage ein Fehler enthalten. Bei den aufgelisteten Tatbestandsmerkmalen waren „in eheähnlicher Gemeinschaft lebende Paare“ nicht aufgeführt. Dieser Fehler wurde durch eine erneute Beschlussfassung korrigiert.

### **Bürgermeisterwahl – Kandidatenvorstellung**

Der Gemeinderat hat den Zeitplan für die Bürgermeisterwahl am 22. Mai bereits in der Sitzung vom 13.12.2021 festgelegt. Doch wegen Corona war bewusst darauf verzichtet worden, auch schon das Datum der Kandidatenvorstellung festzulegen. Dies wurde nun nachgeholt. Am Donnerstag, dem 05.05.2022 ab 19:00 Uhr werden die Kandidaten in der

Festhalle die Gelegenheit haben, sich den Dürbheimer Bürgern vorzustellen und Fragen zu beantworten. Einzelheiten zum Ablauf des Abends können auf der Homepage der Gemeinde (Rathaus & Service / Wahlen / Bürgermeisterwahl 2022) nachgelesen werden.

### **Glasfaserausbau – Mitverlegung mit Gasleitung**

Die bnNetze (Badenova) plant 2022 an 3 Stellen bestehende Gasleitungen zu verlängern: Probststraße – Stellgasse / Endstrecke in der Eugen-Bolz-Straße / hinterer Teil Rappentorweg. Mit der Planerin des Glasfaserausbaus hatte die Verwaltung abgeklärt, dass ein Mitverlegung von Glasfaser nur im Bereich Probststraße / Stellgasse Sinn machen könnte. Die 22 betroffenen Grundstückseigentümer waren angeschrieben worden. Allerdings war die Resonanz gering. Zudem wäre die Umsetzung sehr kompliziert geworden. Für den Bereich der Gastrasse hätte die Gemeinde an die bnNetze einen Pauschalbetrag je lfd. Meter bezahlen müssen. Für das Anschlussstück zwischen Stellgasse und Kirchstraße, wo kein Gasausbau erfolgt, hätte die Gemeinde die Firma Omexon mit den Tiefbauarbeiten beauftragen müssen. Für den Gesamtbereich hätte zudem das Büro SBK, das den gesamten Glasfaserausbau plant, eingeschaltet werden müssen. Dieses hätte seinerseits die Firma KTS, die mit der Bit (Breitbandinitiative Landkreis) einen Jahresvertrag hat, eingeschaltet. Die KTS hätte dann das eigentliche Glasfaser eingeblassen und das Einbringen in die Gebäude vorgenommen. SBK hätte alles koordinieren und letztlich die Übergabe an den Netzbetreiber (NetCom BW) vornehmen müssen. Angesichts dieser komplizierten Konstellation und des geringen Interesses der Angrenzer beschloss der Gemeinderat einstimmig auf die Mitverlegung im Bereich Stellgasse/ Probststraße zu verzichten.

### **Baugesuche**

Zu einem Baugesuch in der **Hindenburgstraße** (Umbau Treppenhaus) hatte der Gemeinderat bereits in der Sitzung vom November sein Einvernehmen erteilt. Nun wurde noch der Einbau einer Dachgaube beantragt. Auch hierfür gab der Gemeinderat seine Zustimmung. Der **Angelverein beabsichtigt beim Fischweiher einen Container** aufzustellen. Durch den verkleideten Stahlcontainer wird es dem Angelverein möglich, seine Geräte besser vor Einbrüchen zu schützen. Zudem wird der Verein den Bereich um den Container bepflanzen, damit dieser das Landschaftsbild nicht beeinträchtigt. Auch hierzu gab der Gemeinderat seine Zustimmung.

Letztlich musste sich der Gemeinderat mit zwei Bauvoranfragen beschäftigen. Bei einem bestehenden Gebäude in der **Bischoff-Johann-Straße** möchte der Eigentümer die **Dachgeschosswohnung vergrößern**. Da die Vorgaben des geltenden Bebauungsplanes „Widdum“ dem Vorhaben klar entgegenstehen, wurde beraten, ob und wie dem Eigentümer weitergeholfen werden kann – ohne dadurch einen Präzedenzfall für künftige Bauvorhaben zu schaffen. In der gleichen Straße fragte ein Bauplatzeigentümer an, ob es möglich wäre, die Garage an anderer Stelle zu errichten, als im Bebauungsplan vorgesehen. In der April-Sitzung soll die Baurechtsbehörde Vorschläge machen, ob und wie das Problem gelöst werden kann.

### **Bekanntgaben und Verschiedenes**

Bürgermeister Häse gab bekannt, der **Mietvertrag mit der Genossenschaft Dürbheimer Landmarkt e.G.** über den Beschluss vom 24.01.2022 (Staffelung der Miete) hinaus noch in einem weiteren Punkt geändert wurde. Im bisherigen Vertrag war eine Klausel enthalten, dass dieser auch für etwaige Rechtsnachfolger der Parteien gelten würde. Rein theoretisch hätte die Genossenschaft so die Möglichkeit einen neuen Pächter zu suchen, ohne dass die Gemeinde hierauf Einfluss nehmen könnte. Dies sei weder im

Interesse der Genossenschaft, noch der Gemeinde. Daher wurde der Passus dahingehend geändert, dass der Vertrag nicht für etwaige Rechtsnachfolger der Parteien gilt. Der neue Vertrag sei auch bereits von der Genossenschaft gegengezeichnet zurückgekommen.

Im Landkreis gibt es ca. 22.000 private Waldparzellen, die sich auf knapp 7.000 private Waldbesitzer verteilen. Dies macht ca. 25% der Waldfläche im Landkreis aus.

Geplant ist, dass die **Privatwaldbesitzer** für einen Jahresbeitrag von 8,00 € Mitglied einer neu zu gründenden FBG (Forst-Betriebs-Gemeinschaft) werden können. Auch wenn jemand mehrere Waldparzellen besitzen sollte, würde der Jahresbeitrag nur einmal anfallen. Damit würde der Aufwand für den Holzverkauf und die Geschäftsführung abgedeckt. Weitere Vorteile wären der gebündelte Verkauf des Holzes, besserer Zugang zu Fördermöglichkeiten, alle Privaten erhielten dadurch automatisch die immer wichtiger werdende „Zertifizierung“. Ansprechpartner bliebe der Revierleiter. Bis Ende des Jahres soll die Gründungsversammlung stattfinden. Zur Mitgliedschaft werde niemand gezwungen, doch angesichts des geringfügigen Jahresbeitrages sollte sich dies jeder Waldbesitzer überlegen.

Wegen der **Gesamtfortschreibung des Regionalplans** Schwarzwald-Baar-Heuberg wurde die Gemeinde um Stellungnahme gebeten. Er habe dem Regionalverband mitgeteilt, dass die Erweiterungsflächen des Schotterwerks Brugger ebenso zu berücksichtigen sind, wie Flächen für PV-Freiflächen-Anlagen. Zudem dürften der Gemeinde auch langfristig keine Nachteile durch die „Grünzäsur“ in Richtung Balgheim und Rietheim entstehen. Letztlich habe er beantragt, die Gemeinde hinsichtlich der Siedlungsentwicklung genauso einzustufen, wie Balgheim, das unmittelbar an Spaichingen angrenzt. Denn durch die zentrale Lage zwischen Spaichingen und Tuttlingen, habe Dürbheim aus Zuzügen nachweislich ein zusätzliches Entwicklungspotenzial.

Nach dem Hagelschaden 2021 verzögerte sich die Instandsetzung des **Dachs beim FWG-Haus** durch die Versicherung und Lieferengpässe. Um flexibel handeln zu können, ermächtigte der Gemeinderat die Verwaltung die Vergaben zu tätigen. Neben diversen kleineren Gewerben (bis 6.000 €) wurden nun der Gerüstbau an Fa. Heil, Hardt mit 7.175,11 € (3 Anbieter), die Zimmerarbeiten an Fa. Weiß, Gosheim mit 114.180,88 € (2 Anbieter) und die Flaschnerarbeiten an Fa. Riess-Luz, Tuttlingen mit 7.072,07 € (3 Anbieter) vergeben. Gemäß der Vergaberichtlinien mussten die Aufträge an den jeweils günstigsten Bieter vergeben werden. Gegenwärtig wird incl. eines gewissen Polsters für „Unvorhergesehenes“ mit Gesamtkosten von 189.000 € gerechnet werden. Im HHPlan 2022 sind nur 178.000 € finanziert. Mögliche, vom Musikverein gewünschte Sanierungsarbeiten im Bereich des Probelokals sind hierin nicht enthalten und würden eine außerplanmäßige Ausgabe darstellen.

Das Projekt „Antrag der VG Spaichingen als **ELR-Schwerpunktregion**“ wird um ein Jahr „geschoben“. Innerhalb des Zeitfensters bis Juni 2022 wäre keine vernünftige Antragstellung möglich gewesen. Dieses Zugeständnis konnten dem Regierungspräsidium und dem Ministerium Ländlicher Raum durch die Stadt Spaichingen abgerungen werden. Beide Stellen haben jedoch darauf hingewiesen, dass auf „Interkommunale Maßnahmen“ großer Wert gelegt wird. Hierzu wird am 03.05. ein gesondertes Treffen der Bürgermeister stattfinden. Davon völlig unberührt können auch dieses Jahr bis Ende August ELR-Anträge für 2022 gestellt werden.

Wie an zahlreichen Stellen im Gemeindegebiet, gehört auch vor dem **Eckgebäude Hauptstraße/ Balgheimer Straße** ein Geländestreifen zwischen dem eigentlichen Grundstück und dem Gehweg der Gemeinde. Allerdings ist er bereits seit Jahrzehnten als Teil des Grundstücks gepflastert. Durch den beantragten Verkauf wird daher nur eigentumsrechtlich nachvollzogen, was seit Jahrzehnten Fakt ist. Wie in ähnlich gelagerten Fällen erfolgt der Verkauf zu 60,00 €/m<sup>2</sup>.

Die im Frühjahr geplante **Übung zum Schutz vor Starkregen-Ereignissen** wird in den Herbst 2022 oder das Frühjahr 2023 verschoben. Der Grund ist, dass FW-Kommandant Rebstock derzeit zahlreiche „Extra-Aufgaben“ (Abschluss Sanierung FWG-Haus, Hagel-schaden im 1. OG, neue Sirene) zu erledigen hat. Somit fehlt ihm die Zeit die Übung sinnvoll vorzubereiten. Diese wird im Herbst 2022 oder Frühjahr 2023 nachgeholt. In den kommenden Wochen muss die Gemeinde mit **7 weiteren Flüchtlingen** rechnen, die ihr vom Landkreis zugewiesen werden. In dieser Zahl sind Flüchtlinge durch den Ukraine-Krieg noch nicht berücksichtigt. Daher wird – wie bereits im April 2019 beschlos-sen, aber mangels Bedarf zurückgestellt – nun die 2. Wohnung im ehemaligen Voba-Ge-bäude ausgebaut.

### **Anfragen**

Auf Nachfrage von GR Hug erklärte Bürgermeister Häse, dass für **Ukraine-Flüchtlinge Krankenversicherungsschutzes** gegeben sei.

Ferner bedauerte GR Hug, dass es in Dürbheim kein „**Funkenfeuer**“ gegeben habe. Bür-germeister Häse wies darauf hin, dass er bereits vor 2 Jahren dem Gemeinderat ein Konzept für ein neues Funkenfeuer vorgeschlagen habe. Denn am bisherigen Standort sei es wegen der dortigen Bebauung nicht mehr möglich. Seinem Vorschlag folgend be-schloss der Gemeinderat künftig einen Fackellauf zu organisieren, der vom ehem. Ten-nisheim über die Straße und den Klinglerweg bis zum eigentlichen Funkenfeuer oberhalb der Friedhofskapelle führen soll. Da jedoch die „Fasnet“ mehr oder weniger ausgefallen sei, habe er keine Notwendigkeit gesehen, hinsichtlich des Funkenfeuers aktiv zu wer-den, zumal weder vom Gemeinderat, einem Verein oder Bürgern eine entsprechende Nachfrage gekommen sei.